

INHALT

1. Völlige Verwirrung um Bildungskongress am 08. September 2012
2. Ab Montag kann sich JEDER im Internetforum zur Bildungskonferenz einbringen!
3. Landesregierung will gesetzlichen Mindestlohn und gefährdet Aufschwung am Arbeitsmarkt
4. Funktionsfähigkeit des Nord-Ostsee-Kanals darf nicht gefährdet werden
5. Zusätzlicher Staatssekretär der Landesregierung kostet 228.000 Euro pro Jahr
6. Bildungsministerin Wende blieb bei Schulbesuch Antworten schuldig
7. CDU-Fraktion fordert Erfindermessen

31.08.2012

Völlige Verwirrung um Bildungskongress am 08. September 2012
Die Positionen der Landesregierung stehen nicht auf der Tagesordnung



Heike Franzen, MdL

In dieser Woche gab es Verwirrung um den von Bildungsministerin Professor Dr. Waltraud Wende einberufenen Bildungskongress. Dieser geht zurück auf den Koalitionsvertrag der Dänen-Ampel, in dem die Konferenz als „erster Schritt unseres bildungspolitischen Dialogs“ angekündigt wurde.

Die Einladung sieht allerdings Workshops zu Themen, die von SPD, Grünen und SSW vereinbart und öffentlich umstritten sind, überhaupt nicht vor. Zu Beginn der Woche wurde bekannt, dass auch das Thema „Abschaffung der Schulartempfehlungen“ diskutiert werden solle. Es gehe darum, wie diese Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt werden solle, meldeten die Lübecker Nachrichten.

CDU-Bildungsexpertin Heike Franzen reagierte daraufhin scharf: „Das beweist endgültig: Die Regierungsparteien gehen anders als behauptet, einsichtsresistent in den Bildungskongress. Um das „ob“ ihrer „klaren Positionen“ geht es auf der Konferenz überhaupt nicht mehr.“ Das Thema Schulartempfehlung stünde im Übrigen bis heute nicht auf der Tagesordnung des Bildungskongresses.

Nachdem sich auch mehrere Verbände kritisch geäußert hatten, versuchten die bildungspolitischen Sprecher der Regierungsfractionen mit einer Pressemitteilung Ruhe in die Debatte zu bringen. Sie zitierten aus einem Anhang zum Koalitionsvertrag: „Unsere Position für die Bildungskonferenz Schule: an die Stelle der Schulartenempfehlung tritt künftig ein obligatorisches Beratungsgespräch mit den Erziehungsberechtigten.“ Daraus werde sehr deutlich, dass SPD, Grüne und SSW mit den ExpertInnen und Verbänden über diese Positionen reden wollten.

Franzen forderte daraufhin die sofortige Veröffentlichung der gesamten Anhänge zum Koalitionsvertrag. Es könne nicht sein, dass den Teilnehmern der Bildungskonferenz dieser Strategieplan vorenthalten werde. Jeden Tag komme über Medienberichte ein neues Thema zur Bildungskonferenz hinzu.

SPD, Grüne und SSW erklärten darauf hin, die Anhänge seien auf den Internetseiten der Parteien abrufbar. Tatsächlich findet sich dort folgende Aussagen:

„Wir gehen nicht ohne Position in eine solche Konferenz. Wir stehen zu dem Zweiwegekonzept von Gemeinschaftsschulen und Gymnasien... Das Gemeinsame Lernen soll an Gemeinschaftsschulen wieder bindend sein. Die Wahlfreiheit zwischen G8/G9 soll - bei Bestandsschutz der jetzigen G9-Gymnasien - zurückgenommen werden. Die Regionalschulen sollen sich zu Gemeinschaftsschulen entwickeln. Abschlüsse sollen nicht mehr möglich sein und die Schulartenempfehlungen der Vergangenheit angehören.“

Heike Franzen konterte: „Ich räume ein, dass diese mir bislang unbekanntes Anhänge öffentlich verfügbar waren und sind. Die Einladung des Bildungsministeriums zum Kongress legt allerdings die Vermutung nahe, dass Bildungsministerin Professor Dr. Waltraud Wende diese Anhänge auch noch nicht kannte. Wie anders wäre zu erklären, dass die entsprechenden Themen sich in den Workshops der Bildungskonferenz überhaupt nicht wiederfinden? Wollen SPD, Grüne und SSW über ihre Positionen überhaupt nicht reden?“, fragte Franzen.

Die 62 Seiten Anhang zum Koalitionsvertrag finden Sie unter folgendem Link:

http://sh.gruene.de/cms/default/dokbin/411/411636.anhang_zum_koalitionsvertrag.pdf

Ab Montag kann sich JEDER im Internetforum zur Bildungskonferenz einbringen! Internetforum läuft vom 03.-23. September

Bildungsministerin Professor Dr. Waltraud Wende hat Interessierte dazu aufgefordert, ab kommenden Montag 03. September im Internet "schon vor der Bildungskonferenz und auch danach Ihre Meinung zu formulieren". Das Forum ist bis zum 23. September geöffnet. Die Links zum Form finden Sie über die Internetseite des Bildungsministeriums am Ende dieses Artikels.

Nachstehend zusammen gefasst noch einmal die im Koalitionsvertrag der Dänen-Ampel festgelegten Positionen, sowie bislang bestehende Unklarheiten.

- Ziel: Eine Schule für Alle
- Wegfall der Schulartenempfehlungen, statt dessen Elterngespräche
- Abschulungsverbot
- Abschaffung der Regionalschule
- Kürzung des Vertretungsfonds zur Bekämpfung des Unterrichtsausfalls von 24 Millionen auf 12 Millionen Euro
- Erhöhung der Differenzierungsstunden (von 3 auf 5) nur an den Gemeinschaftsschulen, die ausschließlich binnendifferenziert unterrichten (das heißt: alle Kinder unabhängig von der Leistungsfähigkeit zusammen)
- Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 soll zurückgenommen werden
- neue G9-Gymnasien sollen nicht mehr genehmigt werden
- Y-Gymnasien sollen sich zwischen G8 und G9 entscheiden müssen
- Nach Möglichkeit sollen bis zum in Kraft treten eines überarbeiteten Schulgesetzes zum Schuljahr 2013/14 keine neuen G9-Gymnasien, keine neuen Regionalschulen und keine neuen Gemeinschaftsschulen mit abschlussbezogenen Klassen genehmigt werden.
- Zukünftig soll es keine schulartbezogene Lehrerausbildung mehr geben, sondern eine Stufenlehrausbildung

Ungeklärt sind folgende Fragen:

- Wie wird mit den Gymnasien in Verbindung mit Regionalschulen umgegangen?
- Wie wird der Unterrichtsausfall an den Gymnasien, Regional-, und Grundschulen bekämpft, wenn die Mittel für den Vertretungsfonds größtenteils für mehr Lehrerstellen an Gemeinschaftsschulen ausgegeben werden?

Hier der Link zum Online-Forum:

http://www.schleswig-holstein.de/Bildung/DE/Bildung_node.html

Landesregierung will gesetzlichen Mindestlohn und gefährdet Aufschwung am Arbeitsmarkt Gegen den bundesweiten Trend im August noch einmal mehr Stellen in Schleswig-Holstein

Während im August bundesweit die Zahl der Arbeitslosen leicht angestiegen ist, fanden in Schleswig-Holstein noch einmal 3000 Menschen zusätzlich einen Arbeitsplatz. Nach 7,0 Prozent im Vorjahr liegt die Arbeitslosenquote jetzt bei 6,7 Prozent und damit sogar besser als im Bundesdurchschnitt (6,8 Prozent). Im Vorjahresvergleich sind 15.800 neue Jobs entstanden. Dabei gibt es nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit einen starken Anstieg im sozialversicherungspflichtigen Bereich. In den vergangenen drei Jahren sind in Schleswig-Holstein 41.800 zusätzliche sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstanden. Und auch der Ausbildungsmarkt meldet noch 2900 offene Plätze.

CDU-Fraktionschef Johannes Callsen sieht diese beeindruckende Entwicklung durch die

jüngsten Beschlüsse der Dänen-Ampel gefährdet. Das gilt nicht nur für die Beschlüsse in der Verkehrspolitik, mit denen die Infrastruktur im Land an Wettbewerbsfähigkeit verlieren wird. Auch das erfolgreiche Mittelstandsförderungsgesetz soll in weiten Teilen aufgehoben werden. Am Donnerstag dieser Woche stellte der DGB Eckpunkte für ein Tariftreue- und Vergabegesetz mit einem Mindestlohn zwischen 8,50 und 8,90 Euro vor. Begründet wurde dies von DGB-Chef Polkaehn mit der Notwendigkeit, Billigstanbieter, die ihre Leute mies behandeln und an der falschen Stelle sparen, von der öffentlichen Auftragsvergabe auszuschließen. Allerdings musste er auf Nachfrage eines Journalisten einräumen, dass dem DGB für Schleswig-Holstein keine Hinweise auf Lohndumping im Rahmen öffentlicher Auftragsvergaben vorliegen. Die Fraktionen von SPD, Grünen und SPD kündigten prompt an, einen ersten Entwurf mit einem Mindestlohn von 8,92 Euro bereits in der Septembersitzung des Landtages beraten zu wollen.

Callsen bezeichnete das Gesetz als unnötig und schädlich. Nicht zuletzt habe Ministerpräsident Albig erst in der vergangenen Woche unsere Handwerksbetriebe ausdrücklich als Vorbild für ihre Mindestlöhne und Tariftreueregelungen gelobt. „Diese beruhen auf der von der CDU im Rahmen des Mittelstandsförderungsgesetzes eingeführten Tariftreueregelung. Weshalb sieht die neue Landesregierung dann die Notwendigkeit für ein neues Gesetz?“, fragte Callsen.

Handwerkspräsident Ulrich Mietschke reagierte am Nachmittag: Die vom DGB vorgestellten Eckpunkte für ein Tariftreue- und Vergabegesetz führten dazu, dass kleine und mittlere Betriebe bei Auftragsvergaben durch Land, Kreise und Kommunen nahezu ausgeschlossen werden. „Wenn die Eckpunkte, die der DGB vorgelegt hat, tatsächlich von der neuen Landesregierung in das geplante neue Gesetz aufgenommen werden, wirft sie damit dem gesamten Handwerk Knüppel zwischen die Beine“, so Mietschke.

Den Arbeitsmarktbericht finden Sie unter folgendem Link:

<http://www.arbeitsagentur.de/Dienststellen/RD-N/RD-N/A01-Allgemein-Info/Allgemein/amb/amb-SH/August-2012.pdf>

Die Pressemitteilung des Handwerks finden Sie unter folgendem Link:

<http://www.wvh-sh.de/pressemitteilungen/pressebericht/item/18/handwerk-kritisiert-dgb-auftragsverhinderungsgesetz-darf-es-nicht-geben.html>

Die Pressemitteilung des DGB finden Sie unter folgendem Link:

<http://nord.dgb.de/presse/++co++5475fe0a-f27f-11e1-b661-00188b4dc422>

Funktionsfähigkeit des Nord-Ostsee-Kanals darf nicht gefährdet werden CDU-Fraktion besichtigt Holtenauer NOK-Schleusen

Am Mittwoch vergangener Woche machte sich der Fraktionsarbeitskreis Wirtschaft ein Bild von der Lage an den Holtenauer Kanalschleusen. Anlass war der fast 60-stündige Ausfall der Schleusen und die damit verbundene Blockade des Nord-Ostsee-Kanals. Neben Gastgeber Ältermann Borowski, den Schiffsmaklern Knudsen (Sartori & Berger) und Petersen (UCA) nahmen an dem Informationstermin auch Herr Dr. Witte und Herr Tode von der Wasser- und Schifffahrtsdirektion sowie Herr Schnell vom Wasser- und Schifffahrtsamt Kiel teil.

Die großen Schleusen von Kiel-Holtenau und Brunsbüttel sind seit fast 100 Jahren im Dauereinsatz. Die Grundsubstanz ist marode und total sanierungsbedürftig, die jährlichen Ausfallzeiten für Reparaturarbeiten haben sich innerhalb der letzten zwei Jahre verdreifacht. Auch die Beseitigung der Engstellen auf der Oststrecke des Nord-Ostsee-Kanals wurde thematisiert, da diese ähnlich auf den fließenden Schiffsverkehr wirken, wie Schleusenausfälle. Darüber hinaus besteht an den Engstellen immer die Gefahr von Havarien. Dr. Witte nutzte den Termin, um die Abgeordneten auch über die geplante Reform der Wasser- und Schifffahrtsdirektionen zu informieren.

CDU-Wirtschaftsexperte Jens-Christian Magnussen stellte im Anschluss an den Termin fest: „Bei allem notwendigen Reformwillen der Bundesregierung darf die Funktionsfähigkeit der meistbefahrenen künstlichen Wasserstraße der Welt nicht durch Unzuverlässigkeit des Betriebs der Schleusenanlagen sowohl in Brunsbüttel als auch in Kiel-Holtenau gefährdet werden. Gestiegene Wartezeiten vor den Holtenauer und Brunsbütteler Schleusenkammern bergen mit den dadurch für die Reedereien entstehenden hohen Kosten die Gefahr, dass diese aus Hamburg nach Rotterdam abwandern.“

Die Schleusentechniker und Taucher machten angesichts der veralteten Technik einen bewundernswerten Job. „Aber irgendwann wird der Tag kommen, an dem auch die Mitarbeiter kapitulieren müssen. Deshalb kann der in Kürze beginnende Bau der fünften Schleuse in Brunsbüttel nur der Anfang auf dem langen Weg der Grundsanierung des Kanals auf der gesamten Länge sein“, so Magnussens Fazit.



Jens-Christian Magnussen, MdL

Zusätzlicher Staatssekretär der Landesregierung kostet 228.000 Euro pro Jahr Kürzungsbetrag bei den Ministergehältern wird ums Dreifache überschritten!

Während der Sommerpause wurde intensiv über die Kürzung der Ministergehälter im Land berichtet. Erst durch die Nachfragen der CDU-Fraktion wurde deutlich, dass diese mit 75.000 Euro wesentlich geringer ausfallen, als ursprünglich vom Ministerpräsidenten versprochen. Eine kleine Anfrage von CDU-Finanzexperte Tobias Koch hat mittlerweile ergeben, dass die jährlichen Kosten für den zusätzlichen Staatssekretär drei Mal so hoch sind. Allein die Nebenkosten belaufen sich laut Antwort der Landesregierung (Drucksache 18/105) auf 115.000 Euro pro Jahr. Hinzu kommt das Grundgehalt für den Staatssekretär in Höhe von 113.000 Euro.

Die Landesregierung musste darüber hinaus einräumen, dass die zusätzliche Stelle abweichend vom geltenden Stellenplan des Landshaushaltes mittels Sondervertrag geschaffen wurde. Die CDU Landtagsfraktion holt nun ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Landtages ein, ob diese Vorgehensweise der Landesregierung überhaupt mit der geltenden Rechtslage vereinbar ist.

Die Antwort auf die kleine Anfrage finden Sie unter folgendem Link:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0100/drucksache-18-0105.pdf>

Bildungsministerin Wende blieb bei Schulbesuch Antworten schuldig CDU-Fraktion am Y-Gymnasium in Satrup



Teilnehmer des Besuchs am Bernstorff-Gymnasium

Der Fraktionsarbeitskreis (FAK) Bildung besuchte am 27. August 2012 das Bernstorff-Gymnasium Satrup, um sich vor Ort über das Y-Modell zu informieren. Dabei diskutierten die Bildungsexperten der CDU-Landtagsfraktion mit Schülern, Lehrern sowie dem Vorstand des Schulelternbeirates und zeigten sich von der breiten Zustimmung für das bisher durchgeführte Y-Modell beeindruckt.

Die bildungspolitische Sprecherin, Heike Franzen, machte bei diesem Besuch deutlich, dass die CDU grundsätzlich für den G8-Bildungsgang eintrete. Viel wichtiger für eine vernünftige Arbeit an den Schulen sei jedoch, diesen Ruhe zu geben. Dazu gehöre auch, dass das Bernstorff-Gymnasium in der jetzigen Form bestehen bleibe. In diesem Zusammenhang forderte Heike Franzen Bildungsministerin Prof. Dr. Waltraud Wende auf, „das bildungspolitische Wirrwarr im Lande zu beenden.“

Verwundert zeigten sich die FAK-Mitglieder darüber, dass die Bildungsministerin bei ihrem Besuch des Bernstorff-Gymnasiums vor wenigen Tagen für G9 votierte, obwohl sich die Regierungsparteien in ihrem Koalitionsvertrag eindeutig für G8 an Gymnasien ausgesprochen haben. Daniel Günther kritisierte, dass Wende die Menschen vor Ort mit ihren Äußerungen verunsichere und anschließend alleine ließe.

Wie die Zukunft des Y-Modells in Satrup aussieht, blieb bei dem Besuch der Ministerin ebenfalls offen. „Dabei auf die Bildungskonferenz zu hoffen, ist vergebens, denn dort steht das Thema gar nicht auf der Tagesordnung“ machte Heike Franzen deutlich. Abschließend sagten die Abgeordneten der Schule für den Erhalt des Y-Modells ihre Unterstützung zu.

Am Nachmittag stand für den Fraktionsarbeitskreis dann der Besuch des Nordkollegs in Rendsburg auf dem Programm. Die Abgeordneten wollten sich vor Ort ein Bild über die Tätigkeit der Akademie für kulturelle Bildung machen und sich über ihre Sorgen und Nöte informieren. Besonders beeindruckt waren die Bildungsexperten über die Entwicklung des kulturellen Angebotes des Nordkollegs. Im Gespräch mit der Geschäftsführung versprachen die Abgeordneten, sich im Zuge der Reform des Rundfunkstaatsvertrages für das Nordkolleg einzusetzen. Diese Reform hat zur Folge, dass das Nordkolleg für jedes ihrer 70 Zimmer GEZ-Gebühren entrichten müsse, obwohl im ganzen Haus nur zwei Fernseher stehen.

Abschließend erklärte der kulturpolitische Sprecher Peter Sönnichsen: „Das Nordkolleg gehört

zu den maßgebenden kulturellen Einrichtungen in Schleswig-Holstein“.

CDU-Fraktion fordert Erfindermessen

Erfinderclub Schleswig-Holstein zu Gast bei der CDU-Fraktion

In der vergangenen Woche stellte sich der Erfinderclub Schleswig-Holstein bei der CDU-Fraktion im Landeshaus vor. Anlass war die Reform der SIGNO-Förderung durch die Bundesregierung zu Jahresbeginn.

Bei dem Gespräch ging es unter anderem darum, wie Erfindungen aus Schleswig-Holstein ihren Weg in den weltweiten Markt finden. „Leider finden unsere schleswig-holsteinischen Erfinder nur sehr selten Partner aus Industrie und Handwerk in Schleswig-Holstein“, resümierte CDU-Wirtschaftsexperte Jens-Christian Magnussen anschließend. „Ideen made in Schleswig-Holstein“ müssten zukünftig auch in Schleswig-Holstein besser als bisher produziert werden können. Gebraucht werde ein Netzwerk innovationswilliger Unternehmen im nördlichsten Bundesland.

Die CDU-Fraktion wolle nun Gespräche mit der Wirtschaftsförderung Schleswig-Holsteins und dem Wirtschaftsministerium führen. Zukünftig sollen Erfinder sich dauerhaft auf Erfindermessen im Land präsentieren können.

„Erfinder und Pioniere haben unser Land stark gemacht. Als CDU wollen wir diese dabei unterstützen, dass künftig mehr Erfindungen und Innovationen in Schleswig-Holstein die Marktreife erlangen“, so Magnussen abschließend.

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de